

Pressekonferenz zur Vorstellung der Kampagne „Rotstift 2004“

Drei anthroponautische „Segler unter falscher Flagge“ gaben am 3.9.2004 im Café Pazzo auf der Karl-Liebknecht-Straße in Leipzig/ Zentrum-Süd eine Pressekonferenz zur dereinst bevorstehenden Landtagswahl in Sachsen.

Die drei Herren gaben sich fälschlicherweise als Funktionsträger der Wahlalternative ASG aus und verbreiteten eine Presseerklärung im Namen der WASG, worin zu einer Kampagne aufgerufen wurde, die der WASG bis dahin nicht bekannt und die selbstverständlich nie von der WASG beschlossen worden war. Fast erübrigt es sich zu bemerken, dass die Intention dieser „Kampagne“ von der WASG auch nie geteilt worden und umgehend dementiert worden ist.

Die sogenannte Kampagne „Rotstift 2004“ ist schlicht eine Desinformationskampagne der Wähler, denn Meinungsäußerungen auf dem Wahlzettel haben einfach keinen Adressaten. Überdies spielt die Presseerklärung psychologisierend West gegen Ost aus und wendet sich pauschal gegen den Parlamentarismus.

Wenn die Falschmeldung der WASG schaden sollte, so bleibt doch noch zu fragen: Wem konnte sie nutzen? Ein Aufruf zur ungültigen Stimmabgabe nützt – wie jeder arithmetisch denkende Mensch weiß – vornehmlich der Steigerung des Anteils der voraussehbaren Mehrheitspartei im Landtag, also der CDU; nur nachgeordnet begünstigt er infolge der 5%-Hürde auch dem Einzug der bislang nicht im Landtag vertretenen Parteien.

Die nachfolgend wiedergegebenen Texte und Bilder der Teske-Schibrowski-Clique sind unkorrigiert ihrer Selbstdarstellung in der Internetpräsentation entnommen.

Dem folgt eine Mitteilung von Gunter Weißgerber an die SPD-Mitglieder.



v.l.n.r. Kostja Schibrowski (Programme), Dr.W.Teske (einer der Vorsitzenden), Enrico Stange (Presse- und Öffentlichkeitsarbeit)



"Rotstift 2004 Sachsen" Presseerklärung v. 3.9.2004 11.00 Uhr im Café Pazzo auf der Karl/ gegenüber vom Feinkost:



Rotstift-Kampagne Landtagswahl Sachsen 2004

Politik und Politiker haben sich von dem Volke entfernt. Der sich in vielen Städten und vor allem in Ostdeutschland formierende Protest gegen die Politik des Sozialabbaus, gegen die neoliberale Politik der etablierten Parteien sowohl der Regierung als auch der Opposition ist manifester Ausdruck dieser gewaltigen Entfernung zwischen Volk und Volksvertretern.

Nach den Montagsdemonstrationen 1989/90 und den darauffolgenden Veränderungen sind die Menschen in die deutsche Einheit mit großen Erwartungen gegangen, die zu einem Grossteil nicht erfüllt wurden. Der Hallenser Psychotherapeut Hans-Joachim Maaz sagte in einem MDR-Interview dazu: "Ich denke, Hartz IV war nur der letzte Tropfen in der langjährigen Entwicklung von Enttäuschung und Ernüchterung nach der Wiedervereinigung. Viele Menschen, etwa 20 bis 25 Prozent im Osten, sind in dieser neuen Gesellschaft nicht wirklich angekommen. Sie finden keine Arbeit, bekommen keine Entwicklungs-Chancen und können nicht wirklich an den Vorzügen dieser Gesellschaft teilnehmen. Dass der Montag gewählt wurde, weist auch darauf hin, dass es um einen Konflikt geht, der tiefer liegt. Ein Konflikt, der Enttäuschung transportiert, der mit der Sehnsucht verbunden ist, man möge endlich gehört werden. Der Osten soll wieder als echtes Problem von den Politikern ernst genommen werden." Und später sagte er: "Hartz IV ist das äußere Symptom einer Problematik in der Gesellschaft. Die Politik sollte nicht abschätzig auf die Proteste reagieren, sondern den Mut haben, die tieferen Dimensionen dieses Protestes zu erfassen."

Aber neben der Enttäuschung und der Wut über die Politik der Agenda 2010, die dem zügellosen Kapitalismus den Damm bricht, ist der wachsende Protest auch Ausdruck des tiefverwurzelten Wunsches der Menschen, tatsächlich an den Entscheidungen über gesellschaftliche Veränderungen und über ihr Leben als Staatsbürger ernsthaft beteiligt zu werden. Die Menschen wollen, dass nicht nur ihre Würde als Mensch erhalten bleibt, sondern auch ihre Meinung als Staatsbürger gehört und ernstgenommen wird, dass eben alle Staatsgewalt vom Volke ausgehen soll, dass sie nicht nur Stimmvieh sein wollen.

Die Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit fühlt sich, ihrem Selbstverständnis als sozialer Sammlungsbewegung entsprechend, den Wünschen und Hoffnungen, den Sorgen und Ängsten der vom Sozialabbau Betroffenen, der vom Parlamentarismus entmündigten Bürgerinnen und Bürger verbunden und verpflichtet.

Der Protest der Menschen, die sich zu den Montagsdemonstrationen zusammenfinden, wird in vielen Fällen durch die Politiker mit Hohn oder Zynismus bedacht. Er wird von den etablierten Parteien aber nicht wirklich ernstgenommen. So muss sich der Protest eben auch Formen suchen, die von den Politikern ernstgenommen werden, die unmissverständlich sind und ihnen zeigen: "Wir sind mit Euch nicht einverstanden!"

In den vergangenen Jahren sind durch die Meinungsforschungsinstitute immer weiter sinkende Wahlbeteiligungen festgestellt worden. Die Bürgerinnen und Bürger fühlen sich zunehmend unverstanden und entmündigt. Es macht seit Jahren die Aussage "Die machen so oder so, was sie wollen." die Runde. Viele ziehen sich ins Private zurück. Sie resignieren.

Die Wahlen in diesem Juni haben es zutage gefördert: Sowohl bei den Gemeinderatswahlen als auch bei den Europawahlen haben allein in Sachsen 53,9 % der Wahlberechtigten von Ihrem Recht keinen Gebrauch gemacht. Das sind in absoluten Zahlen 1.919.196 Bürgerinnen und Bürger.

Und die Wahlkämpfer haben auch dafür eine ganze Reihe von Erklärungen parat: Das Wetter, die Kaffeeklatsch-Runde, das erste Grillen im Garten. Und sicherlich fänden sich unter den Nichtwählern auch einige Protestwähler.

Es ist an der Zeit, den etablierten Parteien und ihren Wahlkämpfern und Politikern klar und unmissverständlich zu sagen:

Wir sind interessierte Staatsbürgerinnen und Staatsbürger. Wir sind nicht politikverdrossen. Wir haben großes Interesse an unserer Gesellschaft, an den Menschen. Wir wollen gehört und verstanden werden. Wir wollen von Politikern als mündige und würdige Bürger anerkannt und respektiert werden. Wir sind nicht Stimmvieh, sondern wir sind der Souverän. Von uns geht alle Staatsgewalt aus. Politiker sind Vertreter des Volkes. Wir werden von Euch, den Politikern betrogen und bevormundet. Wir fühlen uns durch Euch, die Politiker der etablierten Parteien nicht mehr vertreten.

Und wir, die mündigen und würdigen Bürgerinnen und Bürger sagen Euch mit unserer Beteiligung an der Landtagswahl, dass wir Euch nicht mehr vertrauen. Wir, die mündigen und würdigen Bürgerinnen und Bürger ziehen den Rotstift gegen Euch.

Und so fordert die Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit alle Bürgerinnen und Bürger, die sich von den etablierten Parteien nicht vertreten fühlen, auf:

Geht zur Wahl und erteilt den etablierten Parteien mit dem Rotstift eine unmissverständliche Abfuhr! Streicht die Stimmzettel durch und stimmt mit Eurem klaren und deutlichen NEIN auf dem Stimmzettel! Und wer es will, begründet auf dem Stimmzettel, warum sie bzw. sie mit NEIN stimmt.

Seitens der Leipziger SPD wurde diese Pressekonferenz ernst genommen und – ob wissentlich oder unwissentlich falsch sei dahingestellt – tatsächlich der Wahlalternative ASG Leipzig zugerechnet.

Gunter Weißgerber (MdB) sandte eine Mitteilung an alle SPD-Mitglieder, die nachstehend wiedergegeben ist.

Diese Mitteilung ist dereinst umgehend vom Landeskoordinator der WASG dementiert worden, doch eine Richtigstellung gegenüber den SPD-Mitgliedern wurde von Weißgerber bisher nicht vorgenommen.

----- Original Message -----

From: "Reitmann, Ingo" <Ingo.Reitmann@spd.de>

Cc: "#SN ub.nordsachsen" <ub.nordsachsen@spd.de>

Sent: Tuesday, September 07, 2004 10:37 AM

Subject: An alle Mitglieder

Liebe Freundinnen und Freunde,
liebe Genossinnen und Genossen,

die Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit ruft derzeit zum Wahlboykott am 19. September auf.

Genau dagegen müssen wir öffentlich und im privaten Bereich argumentieren. Wer die Menschen aufruft nicht zur Wahl zu gehen oder ihnen empfiehlt, die sogenannten etablierten Parteien nicht zu wählen, der befördert die Wahl von PDS, NPD und anderen radikalen Parteien. Außerdem steht er im Gegensatz zu den Demonstrationen der friedlichen Revolution von 1989/90. Damals gingen Millionen Ostdeutsche für freie Wahlen und für die Möglichkeit der Teilnahme an solchen auf die Straße. Je geringer die Wahlbeteiligung, desto größer die relative Stärke der sogenannten kleinen Parteien im Landtag. Beispielsweise hat die PDS in absoluten Zahlen ebenfalls von Wahl zu Wahl abnehmende Stimmenzahlen zu verzeichnen. Doch verhilft ihr die stärkere Wahlenthaltung bezüglich der anderen Parteien zu größerer relativer Stärke. Rechnen wir in Ostdeutschland die PDS zu den ebenfalls etablierten Parteien, in zwei Bundesländern regiert sie tatkräftig mit, dann ist es sogar nur ein Aufruf für die Rechtsradikalen allein.

Ob die Aufrufenden sich dessen so bewußt sind?

Wir dagegen kennen diese Zusammenhänge und müssen vor diesen Gefahren warnen. Genau dieses wollen wir am kommenden Samstag ab 15 Uhr vor der Blechbüchse tun. Folgt bitte alle der unten stehenden Einladung.

Danke und sozialdemokratische Grüße

Euer
Gunter Weißgerber
